



Niederschrift

**über die 60. Sitzung des Lärmschutzbeirates
des Verkehrslandeplatzes Bonn/Hangelar**

am Donnerstag, dem 05.11.2015

**Sitzungsort: Rathaus, Raum 122 „Eschenzimmer“
Markt 1, 53757 Sankt Augustin**

Beginn: 17:00 Uhr

Ende: 18:15 Uhr

Anwesend waren:

Rhein-Sieg-Kreis:	Herr Weber (Vorsitzender)
Stadtwerke Bonn GmbH:	Herr Rambow
Stadt Sankt Augustin:	Frau Schulenburg
Bundesvereinigung g.d. Fluglärm e.V.:	Herr Prof. Dr. Jobst
	Herr Nitka
Fliegergemeinschaft Hangelar e.V.:	Herr Wittkamp
Gewerbliche Luftfahrtunternehmen:	Herr Schmickler
Flugplatzgesellschaft Hangelar mbH:	Herr Gleß
	Herr Wiehlpütz
Bezirksregierung Köln:	Herr Rödder
Bezirksregierung Düsseldorf:	Herr Klinger
	Herr Rotter
	Herr Kader

Protokollführerin:

Frau Holtkemper, Stadt Sankt Augustin

Außerdem anwesend:

Herr Unterberg, Betriebsleiter des Flugplatzes Hangelar

Die Anwesenheitsliste ist dieser Niederschrift als Anlage beigefügt.

Es wurden folgende Tagesordnungspunkte behandelt:

1. Feststellung der frist- und formgerechten Einladung, der fehlenden Mitglieder sowie Anträge zur Tagesordnung
2. Genehmigung der Niederschrift der 59. Sitzung des Lärmschutzbeirates vom 22.04.2015
3. Bericht eines Vertreters der Bundespolizei Sankt Augustin zu den durch die Trainingseinheiten verursachten Lärmbelästigungen
4. Eingegangene Beschwerden
5. Umsetzung des Lärmschutzbeirates durch die Bezirksregierung Köln; Neubenennung eines stellvertretenden Mitgliedes
6. Aufbau einer Website des Lärmschutzbeirates im Internet
7. Bericht von Herrn Prof. Dr. Jobst über die Diskussion in der letzten Sitzung des Aufsichtsrates der Flugplatzgesellschaft zur Vorlage einer Statistik der täglichen An- und Abflüge sowie der Platzrunden incl. Durchstarten über drei Monate von Saisonbeginn an
8. Mitteilungen der Genehmigungsbehörde
9. Verschiedenes

TOP 1	Feststellung der frist- und formgerechten Einladung, der fehlenden Mitglieder sowie Anträge zur Tagesordnung
--------------	---

Herr Weber begrüßte die Anwesenden, stellte die Beschlussfähigkeit, die form- und fristgerechte Einladung sowie die fehlenden Mitglieder fest. Insgesamt waren 8 stimmberechtigte Mitglieder anwesend.

TOP 2	Genehmigung der Niederschrift der 59. Sitzung des Lärmschutzbeirates vom 22.04.2015
--------------	--

Die Niederschrift der 59. Sitzung des LSB vom 22.04.2015 wurde einstimmig genehmigt.

TOP 3	Bericht eines Vertreters der Bundespolizei Sankt Augustin zu den durch die Trainingseinheiten verursachten Lärmbelästigungen
--------------	---

Der Vorsitzende begrüßte zu diesem Tagesordnungspunkt den Leiter der Bundespolizei-Fliegergruppe, Herrn Leitenden Polizeidirektor Thomas Helbig. Die Bundespolizei fliege in Hangelar viele Einsätze, die zusammen mit den Trainingseinheiten Lärmbelästigungen verursachen würden. Im Frühjahr 2015 sei in der Presse zu lesen gewesen, dass die Bundespolizei in Hangelar eine neue Einheit vorstelle. Daher sei in diesem Gremium der Wunsch geäußert worden, einen Vertreter der Bundespolizei einzuladen.

Herr Helbig erklärte einleitend, dass die Gründung einer neuen Einheit den Terroranschlägen in Kopenhagen und Paris geschuldet sei. Der Schwerpunkt der Abteilung liege in Nordrhein-Westfalen. Ziel sei es, die Kollegen zu unterstützen, die Terroristen ungeschützt gegenüber stehen würden. Über die GSG9 seien diese Einsätze nicht leistbar. Teile der Bereitschaftspolizei müssten robuster ausgestattet und trainiert werden. Von Vorteil sei die schnelle Flugmobilität. Eine erste Einheit sei in Berlin aufgestellt worden, der Standort in Sankt Augustin sei noch fraglich.

Es gebe 5 Hundertschaften der Bundespolizei, eine davon befinde sich in Sankt Augustin. An deren Flugaufkommen seien die Lärmbelästigungen nach Aussage von Herrn Helbig nicht festzumachen. Diese Einheit werde nicht wie die GSG9 trainiert.

Herr Prof. Dr. Jobst bemerkte, dass die Bürger vor allen Dingen nachts für Fluglärm undankbar wären. Er fragte daher Herrn Helbig, warum Nachtübungen über besiedeltem Gebiet stattfinden würden. Zudem regte er an, mehr Ausbildungsteile in Flugsimulatoren zu verlegen. Außerdem fragte er nach Wartungsverträgen mit dem ADAC.

Herr Helbig entgegnete, dass die Bundespolizei mit dem ADAC keinen Wartungsvertrag unterhalten würde. Evtl. würde der ADAC zu Fragestellungen zu Rate gezogen. Aber der ADAC würde nicht die Flugzeugtypen warten, über die die Bundespolizei verfüge. Er ergänzte, dass die Bundespolizei über 3 Flugsimulatoren verfüge. Es würden alle Trainingseinheiten dorthin verlegt, die möglich wären, vor allen Dingen das Training in Notsi-

tuationen. Der Hersteller verlange diese Simulatoren, real üben sei dort aber nicht zulässig. Auf die Frage nach den Nachtflügen antwortete Herr Helbig, dass auch nachts geflogen werden müsse, weil Aufträge auch nachts stattfinden würden. Daher sei auch der Trainingsbetrieb in den Nachtstunden notwendig. An den Wochenenden fänden kein Ausbildungs- und Flugbetrieb statt.

Auf die Frage von Herrn Nitka, ob ausländische Polizeiflieger einen Aufenthaltsstandort in Sankt Augustin hätten, antwortete Herr Helbig, dass diese die Flugsimulatoren nützen würden.

Herr Prof. Dr. Jobst erkundigte sich bei Herrn Helbig nach einem Umweltbeauftragten in der Bundespolizei und was dieser unternehmen würde, um Lärm zu unterbinden.

Herr Helbig verneinte die Frage nach dem Umweltbeauftragten. Die An- und Abflüge der Bundespolizeiflieger würden über Westen erfolgen. Dadurch sei der Lärmkegel schmaler. Die Bundespolizei versuche immer, lärm mindernd zu fliegen. Seit 1997 hätten sich die Flugbewegungen jährlich um 1/3 reduziert. Derzeit fänden pro Jahr ca. 6.700 statt. Wenn für Trainingseinheiten die Hin- und Rückflüge zu lang wären, gingen diese zu Lasten der Umwelt.

Der Vorsitzende bedankte sich abschließend bei Herrn Helbig für dessen Ausführungen.

TOP 4	Eingegangene Beschwerden
--------------	---------------------------------

Herr Weber erklärte einleitend, dass insgesamt 7 Lärmbeschwerden von Bürgern in schriftlicher Form vorliegen würden und stellte die Frage, wie diese zu bewerten seien.

Herr Prof. Dr. Jobst erläuterte, dass diese Lärmbeschwerden inhaltlich sehr bedeutend seien. Die Zeitpunkte der Beschwerden würden an Feiertagen und Wochenenden liegen, an denen die Platzrunde nicht eingehalten worden sei. Er formulierte einen Antrag, nach dem die Beschwerden nach Kenntnisaufnahme durch den Lärmschutzbeirat mit der Bitte um Stellungnahme an die Bezirksregierung Düsseldorf als Aufsichtsbehörde weiterzuleiten seien. Die Antworten der Bezirksregierung sollen sowohl an den Lärmschutzbeirat als auch an den Beschwerdeführer gerichtet sein. Ergänzend plädierte er für eine mündliche Stellungnahme seitens der Bezirksregierung im nächsten Lärmschutzbeirat.

Herr Klinger betonte, dass für die Lärmbeschwerden, die direkt an die Bezirksregierung gerichtet seien, der Beschwerdeführer eine Antwort erhalten würde. Eine Weitergabe an die Öffentlichkeit sei aus Datenschutzgründen nicht möglich. Allerdings stehe es dem Beschwerdeführer frei, die Antwort öffentlich zu machen.

Frau Schulenburg schlug vor, die persönlichen Daten zu schwärzen.

Herr Prof. Dr. Jobst fragte nach der weiteren Vorgehensweise, damit vorliegende Lärmbeschwerden nicht untergingen.

Herr Wittkamp sprach sich dafür aus, eine Plausibilisierung der Beschwerden vorzunehmen. Die Anschreiben seien teilweise wortgleich. Zudem seien es wenige Eingaben im

Verhältnis zu der Anzahl der Flugbewegungen. Die Beschwerdeführer würden alle im Anflugbereich des Verkehrslandeplatzes Bonn/Hangelar wohnen, wo eine lautere Geräuschkulisse nicht zu vermeiden sei. Er plädierte für eine Antwort seitens der Bezirksregierung.

Herr Nitka stimmte den Ausführungen von Herrn Wittkamp zu.

Frau Schulenburg gab zu bedenken, dass die Struktur von Sankt Augustin durch viele Reihenhäuser und einer engen Wohnbebauung geprägt sei. Da sei es nicht verwunderlich, dass die Beschwerdeschreiben wortgleich lauten.

Herr Klinger stellte die Position der Bezirksregierung als Genehmigungsbehörde dar, für die es keine Handlungsoption gäbe.

Herr Prof. Dr. Jobst betonte, dass mit dieser Auffassung die Beschwerden nicht aus der Welt zu schaffen seien. Es wäre ein Fortschritt, einen Schritt mehr zu tun als in der Vergangenheit. Man könne auch in diesem Gremium jede Beschwerde einzeln besprechen, was viel Zeit kosten würde. Sein Antrag solle das Verfahren zusammenfassen.

Herr Weber bat die Anwesenden um eine sachliche Diskussion. Er ergänzte, dass in der Vergangenheit die Lärminderungen an Flugzeugen auf Anregung des Lärmschutzbeirates erfolgt seien.

Herr Wittkamp betonte, dass dies an Maschinen der Flugschule bereits erfolgt sei. Zudem sei die Platzrunde nicht lärmmindernd, sondern flugsichernd.

Herr Weber gab zu bedenken, dass der Antrag von Herrn Prof. Dr. Jobst von der Bezirksregierung Düsseldorf nicht akzeptiert werde und so heute nicht beschlossen werden könne. Er plädierte dafür, dass nur der Beschwerdeführer die Antwort der Bezirksregierung erhalte und nicht auch noch der Lärmschutzbeirat.

Die Änderung seines Antrages durch Herrn Prof. Dr. Jobst dahingehend, die Antworten von der Bezirksregierung Herrn Weber als Vorsitzenden des Lärmschutzbeirates in anonymisierter Form zukommen zu lassen, wies Herr Klinger zurück, da dies eindeutig über den Auftrag des Lärmschutzbeirates hinaus gehe. Zudem sei dies sowieso aufgrund der derzeitigen Personalsituation wegen der Flüchtlingspolitik nicht zu leisten.

Über den Änderungsantrag von Herrn Prof. Dr. Jobst ließ der Vorsitzende abstimmen. Der Antrag wurde mehrheitlich abgelehnt. Damit bleibe es laut Herrn Weber bei dem bisherigen Verfahren. Die Beschwerden würden gesammelt und an alle Mitglieder des Lärmschutzbeirates verteilt.

Herr Gleß betonte, dass der Lärmschutzbeirat öffentlich tage. Somit dürften aus Datenschutzgründen die Beschwerden diesem Gremium nur in geschwärzter Form weitergereicht werden. Wenn der Lärmschutzbeirat signalisiere, dass man sich mit Beschwerden an dieses Gremium wenden könne, dürften diese hier nicht im Sande verlaufen.

Herr Gleß stellte den Antrag, die Beschwerden in geschwärzter Form in diesem Gremium zu behandeln und ungeschwärzt auf dem Postweg an die Bezirksregierung Düsseldorf weiterzureichen, die, wie bisher, eine Antwort an den Beschwerdeführer verfassen solle.

Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

TOP 5	Umbesetzung des Lärmschutzbeirates durch die Bezirksregierung Köln; Neubenennung eines stellvertretenden Mitgliedes
--------------	--

Herr Weber erklärte, dass die Bezirksregierung Köln mit Schreiben vom 24.08.2015 mitgeteilt habe, dass ab sofort Herr Regierungsdirektor Lothar Rödder im Vertretungsfall durch Herrn Regierungsdirektor Thomas Henze vertreten werde.

TOP 6	Aufbau einer Website des Lärmschutzbeirates im Internet
--------------	--

Der Vorsitzende erläuterte mit Verweis auf die Diskussion in der vergangenen Sitzung diesen Tagesordnungspunkt. Zwischenzeitlich habe die Flugplatzgesellschaft eine offizielle Internetseite erstellt, die u.a. einen Link auf den Lärmschutzbeirat beinhalte. Somit sei eine Verlinkung auf den städtischen Internetseiten von Sankt Augustin und Bonn nicht mehr notwendig. Auf der Website des Lärmschutzbeirates seien die Einladungen und Niederschriften dieses Gremiums sowie die Geschäftsordnung zu finden.

Herr Nitka ergänzte, dass Herr Heistermann ein Vorwort für diese Website vorgeschlagen habe, das er auch für notwendig erachte.

Herr Weber gab zu bedenken, dass diese Infos bereits alle in der Geschäftsordnung enthalten seien.

Herr Prof. Dr. Jobst sprach sich dafür aus, in einem nicht so ausführlichen Vorwort „in leichter Sprache“ dem Bürger dieses Gremium kurz vorzustellen.

Herr Wittkamp erläuterte die Arbeit in der Arbeitsgruppe, die diese Website entwickelt habe. Er spreche sich für das vorgeschlagene Vorwort aus, da es mehr beschreibe als das, was der Lärmschutzbeirat leiste. Wenn man dem nicht zustimmen könne, schlug er vor, dass Herr Weber als Vorsitzender dieses Gremiums ein kurzes Vorwort zur Einleitung schreibe, um prägnant auf den Lärmschutzbeirat einzustimmen.

Herr Wiehlpütz stimmte dem Vorschlag von Herrn Wittkamp zu und erklärte sich bereit, seitens der Flugplatzgesellschaft Herrn Weber zu unterstützen.

Herr Weber gab zu bedenken, dass die Geschäftsordnung erst vor 2 Jahren entwickelt worden und in einer „leichten Sprache“ geschrieben sei. Er schlug vor, es hierbei zu belassen. Die Namen der Mitglieder könnten der Website noch hinzugefügt werden, allerdings müssten hiermit alle einverstanden sein.

Herr Prof. Dr. Jobst betonte, dass die Mitglieder dieses Gremiums „öffentliche Personen“ seien. Daher müsse wegen einer Veröffentlichung ihrer Namen auf der Website nicht angefragt werden. Er sprach sich ebenfalls für den Vorschlag von Herrn Wittkamp aus.

Der Vorsitzende ließ über den Vorschlag von Herrn Wittkamp, durch Herrn Weber ein kurzes prägnantes Vorwort zu schreiben abstimmen. Der Vorschlag wurde einstimmig angenommen. Herr Wiehlpütz sagte seine Unterstützung zu.

TOP 7	Bericht von Herrn Prof. Dr. Jobst über die Diskussion in der letzten Sitzung des Aufsichtsrates der Flugplatzgesellschaft zur Vorlage einer Statistik der täglichen An- und Abflüge sowie der Platzrunden incl. Durchstarten über drei Monate von Saisonbeginn an
--------------	--

Herr Prof. Dr. Jobst erklärte, dass er an der letzten Sitzung des Aufsichtsrates der Flugplatzgesellschaft nicht teilnehmen konnte. Er übergab daher das Wort an Herrn Gleß.

Herr Gleß bestätigte, dass Herr Prof. Dr. Jobst aus nachvollziehbaren Gründen in der letzten Aufsichtsratssitzung nicht anwesend war. Er strebe deshalb an, soweit Herr Prof. Dr. Jobst (Vertreterfunktion) in der nächsten Aufsichtsratssitzung nicht anwesend sein könne, dem Aufsichtsrat den Wunsch des Lärmschutzbeirates zur Vorlage einer entsprechenden Statistik vorzutragen. Die Aufarbeitung einer derartigen Statistik sei laut Herrn Gleß personell sehr aufwendig. Deshalb müsse der Aufsichtsrat entscheiden, ob eine derartige Statistik erarbeitet werden könne.

Um jedoch diesem Gremium in dieser Sitzung einen Überblick fürs Jahr 2015 geben zu können, verlas Herr Gleß wie folgt die Anzahl der Starts von Motorflugzeugen im Jahr 2015:

Januar	1.409
Februar	1.610
März	2.024
April	2.746
Mai	2.849
Juni	3.003
Juli	2.692
August	3.407
September	2.961
Gesamt	22.301

Herr Prof. Dr. Jobst begrüßte den Bericht von Herrn Gleß und dankte ihm für das Entgegenkommen, diese Zahlen hier zur Verfügung zu stellen und somit für mehr Transparenz zu sorgen.

TOP 8	Mitteilung der Genehmigungsbehörde
--------------	---

Es erfolgten keine Mitteilungen.

TOP 9	Verschiedenes
--------------	----------------------

Herr Prof. Dr. Jobst machte den Vorschlag, da die Stadt Bonn Anteile in Höhe von 49 % an der Flugplatzgesellschaft besitzt, jede 2. Sitzung im Rathaus in Beuel stattfinden zu lassen.

Der Lärmschutzbeirat erklärte sich mit diesem Vorschlag einverstanden. Somit wird die nächste Sitzung des Lärmschutzbeirates in Beuel stattfinden.

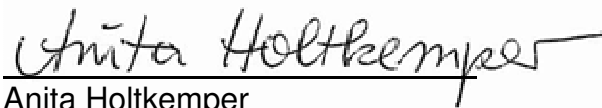
Weitere Wortmeldungen ergaben sich nicht.

Der Vorsitzende schloss die Sitzung um 18.15 Uhr und bedankte sich bei allen Mitgliedern des Lärmschutzbeirates für die konstruktive Zusammenarbeit.

Sankt Augustin, den 17.11.2015



Helmut Weber
(Vorsitzender)



Anita Holtkemper
(Protokollführerin)